Zeitschrift: Die Berner Woche

Band: 36 (1946)

Heft: 28

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 18.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



PULITISE I E RUNDS6H

Teurer oder billiger Zucker?

an- Das Referendum gegen den Bundesbeschluss über die Zuckerwirtschaft, welchem die beiden Räte am 28. Juni zugestimmt haben, ist bereits im Gange. Bis zum 2. Oktober müssen die erforderlichen 30 000 Unterschriften bei-Sammen sein. Es ist kaum die Frage, ob sie zusammengebracht werden können. Aber fragen muss man, ob die Eidgenossenschaft etwas anderes unternehmen soll, «um zu erreichen, was erreicht werden sollte», falls nämlich in der Abstimmung die Gegner der «zweiten Zuckerfabrik» siegen werden. Der Zweck der Vorlage war, die Bauern der Ostschweiz als Zuckerrübenpflanzer zu gewinnen, ihnen durch Zusicherung eines günstigen Preises den Rübenbau schmackhaft zu machen, dem Lande aber den Trost zu bringen, dass wir in einer künftigen Krise nicht so wenig landeseigenen Zucker zur Verfügung haben würden. Wenn nun aber die Gegner finden, es sei ein Unding ding, so teuren Zucker herzustellen, während wir billigern über die Grenzen hereinbekommen können, und wenn das Land mehrheitlich diesen Gegnern folgen wird, hat dann die Eidgenossenschaft noch die Pflicht, nach neuen Lösungen zu suchen?

Wir denken doch. Und zwar auf jeden Fall. Es geht nicht an, die Dinge schlitteln zu lassen, wie sie gschlittelt, vor diesem bösen Krieg. Das Thema «Sicherung der Landesversorgung» wird ewig bestehen, und dass es sich praktisch weithin deckt mit dem Thema «Sicherung der Landwirtschaft», gilt auch nach dem überstandenen Kriege. Ebenso wissen wir, welche Landeserzeugnisse wir fördern müssten, um weniger von weltpolitischen Verstrickungen abhängig zu sein. Also bleibt für die Behörden wie für die Parteien, die den Behörden beizustehen haben, der Fall gleich und läuft auf eine Reihe von Fragen hinaus, die immer auf demselben Boden münden; wir haben eine Politik zu verfolgen, die einerseits die Existenz unserer Bauern vor der Konkurrenz billiger produzierender Länder schützt und die uns anderseits mit Waren versorgt, welche wir im Kriegsfalle schwer hereinbekommen. Der Anbauplan Wahlen», der ja nie als «temporär» aufgefasst worden war, der im Gegenteil die dauernde Umstellung unseres Landes auf grösstmögliche Eigenversorgung forderte, wollte das. Man muss hie und da staunen, wie wenig mehr man heute verspürt.

Muss es etwa so weit kommen, wie man befürchtet: Dass die Bauern die Altersversicherung bachab schicken helfen, falls nicht die Wirtschaftsartikel vorher unter Dach gebracht, die Gesetzgebung über den Schutz der Landwirtschaft also Wirklichkeit geworden? Ein Debacle ersten Ranges für unsere Demokratie wäre dies: Die Verwerfung der Altersversicherung! Wenn die welsche Schweiz, die «liberal-konservativen Kreise» und andere Gegner der geplanten Zuckerfabrik Andelfingen einen siegreichen Schlag gegen die offizielle Bauernpolitik führen sollten, müsste man für die nachfolgenden, gewichtigern Vorlagen allerlei Bedenken hegen. Das ist es, was an diesem Referendum an hangen scheint. Mögen die Behörden beizeiten erkennen, dass der «billige» Zucker teuer zu stehen käme!

Friedenskonferenz am 29. Juli

Ende Juni lag die Aussenminsterkonferenz in Paris unter den drohenden Schatten der Sprengung, weil sich weder in der Triestinerfrage noch in jener der italienischen Reparationen und Kolonien eine Lösung finden liess. Dann ergab sich die erste überraschende Wendung, als sich Molotow in plötzlicher Schwenkung einverstanden erklärte, den Vermittlungsvorschlag des französischen Premiers Bi-

dault zu akzeptieren, das heisst, der Internationalisierung Triests beizustimmen. Alsdann kamen die Minister auch überein, die italienischen Reparationen durch Teilverschiebung zu regeln. Die Russen sollten den Vortritt haben. Ihre 100 Milliarden (!) sollten anerkannt und teilweise durch italienische Guthaben im Bereich der russischen Einflusssphäre, teilweise durch Tribute, die man der italienischen Produktion auferlegen würde, gedeckt werden. Dabei dürden diese Tribute die italienische Wirtschaft nicht lähmen und auch die Ansprüche der andern, die erst später beziffert werden, nicht verunmöglichen. Die Frage der Kolonien aber wird erst nach dem Friedensschluss besprochen. In dieser Form also können die «Grossen Vier» eine Art «Vertragsbasis» für einen Frieden mit Italien vor die grosse Konferenz der 21 Nationen bringen. Mehr wollen sie ja nach dem Potsdamer Abkommen auch nicht. Die eigentliche Form des Vertrags wird von den Vereinten Nationen festgelegt werden. Ihnen steht auch die letzte Entscheidung über die Frage zu, was mit Südtirol geschehen soll. Die Grossen Vier wollen es bei Italien belassen. Ein wichtiger Punkt des Vorschlages lautet auf die Gewährung eines zweijährigen Moratoriums an Italien. Erst nach diesen zwei Jahren soll das Land an die Russen und ihren Satelliten Jugoslawien je einen Siebentel der 100 Milliarden bezahlen. Und nach 7 Jahren würde es aufatmen können.

Als die Einigkeit unter den «Vier» soweit gesichert war, überraschten sie die Welt mit der Nachricht, die Konferenz würde am 29. Juli dieses Jahres nach Paris einberufen werden. Ein ominöses Datum! Vielleicht kamen die Aussenminister darauf, weil es auf einen Montag fällt. Vielleicht aber auch, um den Italienern die Schicksalhaftigkeit des Tages noch besonders zu demonstrieren. Denn er ist der Geburtstag Mussolinis. An einem 29. Juli wurde übrigens König Umberto I, ermordet. Und die Astrologen sagen, an einem 29. Juli sei der deutsche Diktator Hitler zwar nicht geboren, sondern empfangen worden. Dies nur, um zu sagen, wie manchen Anhaltspunkt abergläubische Gemüter finden werden, um die Möglichkeiten dieser Kon-

ferenz zum vornherein zu beargwöhnen.

Sie lässt sich auch zum vornherein schlecht an, und anfangs dieser Woche ist ein neues Markten im Gang, das wiederum Sprengungsgefahren andeutet. Die Russen möchten gleich von vornherein die «21 Nationen» unter Druck setzen, indem sie ihnen den Gang der Verhandlungen vorschreiben wollen. Die Angelsachsen haben sich diesem Versuch energisch widersetzt. Natürlich geht es darum, ob die bisher durchgedrückten russischen Forderungen von den Delegierten der Vollkonferenz glatt anerkannt oder aber unter den Tisch gewischt werden. Molotow fürchtet die grosse Mehrheit der andern, die ja, wenn sie volle Freiheit haben werden, alles im Sinne Londons und Washingtons umstürzen können, wodurch das lange Markten umsonst gewesen wäre. Die Angelsachsen und Franzosen aber scheinen gerade von der Freiheit der Vollkonferenz zu erhoffen, dass sie die Russen wieder zurückdränge.

Ob sich nun eine Lösung im einen oder andern Sinne finden lässt, oder ob es am Ende nochmals zu einer Datumsverschiebung kommt, jedenfalls werden die Parteien die verbleibenden drei Wochen zu allerlei Machenschaften benutzen, über die man sich wahrlich sorgen und ängstigen kann. Die «Objekte der Konferenz» aber, die Staaten, die in Paris die Friedensdiktate entgegennehmen sollen, können nichts als ohnmächtig demonstrieren. Jugoslawien ist mit der Triestinerlösung, die ihm Tarvis, Görz und Triest samt Umgebung nicht gewährt, unzufrieden. In Italien wenden sich alle Parteien gemeinsam gegen den Verlust fast des ganzen Isonzotales, fast ganz Istriens mit Pola.

«Venetia Giulia italiana» ist die Parole. Triest flaggt zum Zeichen des Protestes italienisch. In den umgebenden slovenischen Dörfern tut man das Gegenteil. Was wird das für ein neuer «Freistaat Danzig» werden! Und welches Statut wird ihm der Sicherheitsrat der UNO schenken!

Ein Handstreich der Russen

in Oesterreich lässt deutlich durchblicken, warum die Volkonferenz vorderhand nicht über die österreichische und deutsche Frage zu beraten haben wird. Molotow hat es verstanden, jede Vorabmachung unter den «Grossen Vier» zu verhindern, ja überhaupt eine Diskussion die beiden Länder betreffend zu vermeiden. Der Grund dieser Verzögerungstaktik wird immer deutlicher: Russland will sich wirtschaftlich einnisten, will sich wichtiger Schlüsselpositionen bemächtigen. Um das zu können, braucht es Zeit, braucht es Handhaben politischer Art, die sich im Laufe der Entwicklung bieten werden.

Was Oesterreich angeht, kennt man die Handhabe seit längerer Zeit. In Potsdam sind die deutschen Guthaben im Auslande als Kriegsbeute gekennzeichnet worden. Ueber die Greifbarmachung solcher Guthaben sind keinerlei Abmachungen getroffen worden. Dass man von Fall zu Fall anders vorgehen wird, und dass keineswegs alle Vier gemeinsam vorgehen werden, haben wir in der Schweiz erfahren. Nun gehen im russisch besetzten Teil Oesterreichs auch die Russen auf eigene Faust vor und erklären von einem Tag auf den andern sämtlichen Besitz von Reichsdeutschen als Kriegsbeute. Regierung und Oeffentlichkeit in Wien sind aufs äusserste bestürzt. Denn man glaubte, die schwebenden Verhandlungen über diese Frage würden zu einem guten Ende führen. Die Russen, die offenbar dieses «gute Ende» nicht nach ihrem Geschmack fanden, machten mit einem Handstreich dem Markten ein Ende. Natürlich reklamieren die Oesterreicher, und mit Hilfe der West-Allijerten können sie wohl auch den Russen einige Hasen wieder abjagen. Doch stehen sie nun unter schwerstem Druck, und die Furcht, sie würden auch im Kampf um die Zistersdorfer Petrolvorkommen den Kürzeren ziehen müssen, ist allgemein. Möglich ist übrigens, dass Russland Zistersdorf meint und «deutscher Besitz» sagt, dass es also über die Nazibetriebe mit sich reden lassen wird, wenn Oesterreich Zistersdorf billiger gibt. Als Druckmittel wenden die russischen Befehlshaber auch ein barbarisches «Repatriierungsmanöver» an: Sie weisen kurzerhand 54 000 als «Volksdeutsche» bezeichnete Einwohner Oesterreichs aus. Immerhin nicht nackt und bloss. Sie stellen Camions zum Transport der Leute und ihrer Möbel zur Verfügung.

Die Proteste der Alliierten gegen das einseitige Vorgehen der «russischen Freunde» werden kaum auf sich warten lassen. Bis Wochenanfang beschränkten sie sich auf ein Schreiben des amerikanischen Besatzungskommandanten Mac Clark an seinen russischen Kollegen, des Inhalts, dass genau definiert werden müsse, was als «deutsches Eigentum» gelten solle. Er protestiert im fernern gegen die Beschlagnahme irgendwelcher Güter, auf welche die Regierung Oesterreichs oder österreichische Bürger Eigentumsrechte geltend machen. Umstrittenes Eigentum darf ja nach jedem im Westen geltenden Recht nicht verkauft, vergantet oder sonstwie veräussert oder behändigt werden. Zum Schluss protestiert der Amerikaner gegen ein Vorgehen ohne vorherige Fühlungnahme mit den Alliierten. Nach diesem nicht erbaulichen Anfang wird man sich auf in nicht erfreulichere Fortsetzung gefasst machen und sich ausmalen können, welche Vorspiele zur grossen Friedenskonferenz ausserdem noch aufgeführt werden - vor dem 29. Juli!

Die Bedeutung des Erreichten

ist im Vergleich zur Masse der ungelösten Fragen, vor allem aber der neu auftauchenden, nicht überwältigend. Triest wird, wenn es wirklich als Kleinstaat unter internationaler Garantie aufersteht, zum Tor nach dem Osten und Norden, zum Verbindungsglied zwischen Italien und

dem Donauraume werden. Man überlege, dass «italienisch Triest» in der Vergangenheit verödete, weil es von seinem natürlichen Hinterlande abgeschnitten war. Die Jugoslawen bauten Sussak bei Fiume aus. Oesterreich und Ungarn orientierten sich nach den Donau-Endhäfen und nach Deutschland und der Nordsee. Die Tschechoslowakei desgleichen. Erst der «Freie Staat Triest» wird imstande sein, mit den Donau- und Balkanländern und zugleich mit Italien Verträge zu schliessen und sich auf das Geschäft des Warenumschlages «zwischen zwei Welten» einzustellen. Es gibt darum heute Engländer, die sagen, man habe sich ein «Fenster im eisernen Vorhang» geschaffen, und die Notwendigkeiten der Wirtschaft würden die Verbindungen erzwingen, welche heute noch künstlich unterbunden oder erschwert seien.

Was die italienischen Kolonien angeht, bleiben sie auf Zusehen in französischer und vor allem in britischer Hand. Das Mittelmeer als englische «Imperiumsstrasse» ist also gesichert. Und gäbe es keine Palästinafrage, und würden nicht die Aegypter, die Syrier, Saudarabien und Irak mit jeder britischen Konzession um so anspruchsvoller und unzugänglicher, man dürfte von einer Stabilisierung des britischen Reichsgebäudes im Bereiche Europas und Nordafrikas sprechen.

Ist sie aber so sicher, diese Stabilisierung? Man ist leicht geneigt, die besiegten Staaten als Faktoren der Rechnung auszuschliessen und zu vergessen, dass vielfach der Schlüssel der Zukunft gerade in ihren Händen liegt. Weitschauende Politiker müssen erschrecken, wenn sie fest stellen, wie die italienischen Volksmassen auf die Pariser Entscheide reagieren. Die Zurücksendung der alliierten Auszeichnungen durch die Partisanen Italiens, die sie als Anerkennung für ihre Teilnahme am Kampfe gegen die Deutschen empfingen, die grosse Demonstration der ehemaligen Frontkämpfer in Rom, die Rufe: «Nieder mit England! Nieder mit Frankreich!», die Verhöhnung der französischen Fahnen am Sitz des Militärkommandanten Frank reichs, die nachfolgenden Demonstrationen auch in andern grossen Städten — all das deutet auf den Anfang schlinmer Entwicklungen hin. Kräfte werden geweckt, die man mit dem Sturze Mussolinis und mehr noch mit der Vertreibung der Deutschen aus Norditalien zerschlagen und begraben geglaubt. Für die demonstrierenden Massen bekommt nachträglich die Diktatur mit ihren Zielsetzungen Recht. Es sind ja dieselben Massen, und ihre Parolen sind dieselben, die nach dem letzten Kriege dem Fascis mus den Weg öffneten. Damals richtete sich die Empörung gegen die Verbündeten, die Italien so mager an der Beute beteiligten. Heute sind es die Feinde, die man sich durch die Umkehr von 1943 als Freunde verpflichtet zu haben glaubte, gegen die man sich erhebt. Geht es folgerichtig zu, dann wird wieder der erstbeste Condottiere eine Revanchetruppe zusammentrommeln können. Es sei den dass diesmal die rote Revolution einer solchen Entwick lung zuvorkommt.

Allein auch diese Möglichkeit scheint klein wie das «letzte Mal». Die «Dreiparteienrepublik» der Christlichen, Sozialisten und Kommunisten unter dem Führer-Triumvirat De Gasperi-Nenni-Togliatti wird versuchen, mehr oder weniger protestierend den auferlegten Friedensvertrag zu erfüllen, wird sich dabei abnützen und durch den Unverstand der Sieger einer hemmungslosen «patriotischen Propaganda» ausgeliefert werden. Ganz wie nach 1919, als Giolittis Regiment, von der gemässigten Linken gestützt, seinen Kredit verwirtschaften musste, bis der Führer des Fascio seinen «Marsch nach Rom» antrat. Die Herrlichkeit währte damals gerade drei Jahre. Wie lange wird sie dies mal währen?

Forellenstube

Herrengasse 25 (Casino)

Herzogenbuchsee. Andauernder intensiver Regen kennzeichnete das Fest des
grössten Kantonalturnverbandes, des berausgezeichneten Organisation in der Festwältige Arbeitsprogramm belurnverein Bern-Bürger bei der Sektionsarbeit am Barren

Rechts: Oberstkorpkommandant Louis
de Montmollin, Generalstabschef unserer
zu einem kurzen Besuch eingetroffenen
latte de Tassigny willkommen geheissen
het, begleitet den Gast zur Autokolonne





Festzug der Rhonefeier in Lausanne spiegelt die innige französisch-schweizerische vlelen Gruppen der Rhodaniern verankert ist, in hellen Farben nieder. Unter Gruppen der Rhodanier erregten die schmucken Trachten aus Mentone besonderes Aufsehen (ATP)

Herrn Paul Tribolet

zum 60. Geburtstag

Am vergangenen Mittwoch, den 10. Juli, feierte Herr Paul Tribolet, Verwaltungsratsmitglied der «Berner Woche» seinen 60. Geburtstag. Der Jubilar ist vor allem durch seine Pionierarbeit im milchwirtschaftlichen Genossenschaftswesen im ganzen Bernerland und den angrenzenden Gebieten bekannt geworden. Als unermüdlicher Förderer einer geregelten Milchversorgung hat er sich die Anerkennung der gesamten Bevölkerung von Stadt und Land erworben.

Herr Paul Tribolet verbrachte seine Jugend

im elterlichen Bauernbetrieb in Tschugg bei Erlach. Nach seiner Ausbildung im praktischen Bauernbetrieb besuchte er die Molkereischule Rütti und blieb von da an im Molkereifach tätig. Im Jahre 1912 übernahm er als junger Mann den Posten eines Geschäftsführers bei dem neu gegründeten Milchverband. Es war gleichzeitig der Beginn seines Lebenswerkes. Der erste Weltkrieg stellte hohe Anforderungen an die Fähigkeiten und Kenntnisse des jungen Geschäftsführers, wurde ihm doch durch das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement die Sicherstellung der Milchverstellung der Milchvers



stellung der Milchversorgung während des ersten Weltkrieges übertragen. Nicht nur für den Kanton Bern, sondern noch für ausserkantonale Gebiete und grosse Truppenkontingente war eine regelmässige Milchversorgung zu gewährleisten. Da damals noch keine Organisation dafür bestand, musste eine solche geschaffen und ausgebaut werden. Dazu übernahm Herr Tribolet das Präsidium des kantonalen Milchamtes.

Nach dem Kriege stellten sich neue Aufgaben, besonders in bezug auf die Milchverwertung und die Preisgarantierung. Es wurden Verbandsmolkereien und eine Butterzentrale errichtet, und in alle dem war Herr Tribolet die treibende Kraft und der fürsorgende Leiter. Durch innern und äussern Ausbau gelang es dem Jubilaren, eine Organisation zu schaffen, die heute mustergültig dasteht. Als Herr Tribolet im Jahre 1912 die Geschäftsleitung übernahm, gehörten dem Verband 4500 Milchproduzenten an. Heute sind es 25 000. Unter seiner umsichtigen Leitung wurden die Verbandsgebäude ausgebaut und zum Teil ganz neu erstellt, die Verbandsdruckerei geschaffen und verschiedene Verbandsgebäude ausserhalb Bern gebaut. Ferner wusste Herr Tribolet die auf Auslandsreisen gemachten Studien und Erfahrungen nutzbringend zu verwerten. So ist z.B. das heute so beliebte Ice Cream durch seine Initiative bei den Verbandsmolkereien hergestellt worden. Ebenso ist durch ihn die Weichkäseherstellung stark gefördert worden.

Als ruhiger, umsichtiger und loyaler Mitarbeiter und Vorgesetzter ist er bei allen beliebt, die ihm bei der Ausführung seiner oft schwierigen Arbeit behilflich sind. Sie alle, sowie der Verwaltungsrat und die Redaktion der «Berner Woche», der er in schwieriger Zeit beigestanden ist, freuen sich, ihm zu seinem Wiegenfeste zu gratulieren. Wir alle wünschen ihm noch viele segensreiche und glückliche Jahre, die er in ungetrübter Gesundheit in unserm Kreise verbringen möge.